

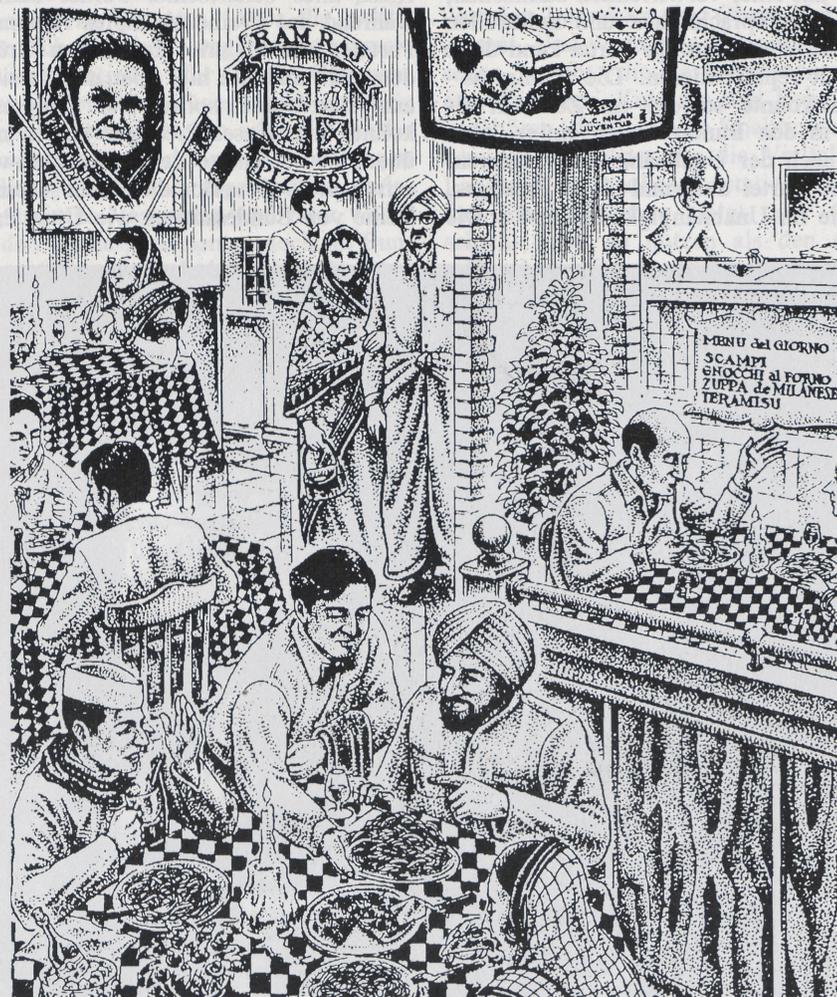
Reaktion der Parteiführung ablesen. Um sie umzustimmen und sie als Zugpferd in den kommenden Wahlen voranzuschicken, wurden die revoltierenden Politiker aus der Partei ausgeschlossen. Ungeachtet der daraus resultierenden Konsequenzen, denn: Die Machtbasis der drei Dissidenten ist nicht zu unterschätzen. Sangma verfügt im Nordosten des Landes über großen Einfluß, der Muslim Anwar vermag bei der größten religiösen Minderheit einen gewissen Stimmenanteil zu mobilisieren und Pawar führt in Maharashtra einen der stärksten Landesverbände der Partei. Gerade bei den letzten Wahlen feierte der 'Congress' hier seinen größten Erfolg.

Vielleicht liegt hierin auch der Grund für das Verhalten Pawars, dessen Kehrtwendung besonders erstaunt. Noch im April wird er vom Nachrichtenmagazin 'Sunday' mit den Worten zitiert: "Ich denke, Sonia Gandhi hat das legitime und natürliche Recht, die Regierung zu führen." Pawar werden größere Ambitionen als die eines Parteisoldaten der Gandhis unterstellt. Möglicherweise spekuliert er darauf, in einer Neuauflage der 'United Front' zu höheren Ehren zu gelangen.

In der Geschichte der Republik Indien gelang es bisher einzig der 'Congress'-Partei, stabile Regierungen zu bilden. Alle anderen mußten vor Ablauf der Legislaturperiode abdanken. Ob der Name "Gandhi" bei den anstehenden Wahlen einmal mehr zum Erfolgsgaranten wird, bleibt abzuwarten.

Unrealistisch hingegen erscheint die nach den letzten Regionalwahlen von einigen Kommentatoren geäußerte Prognose, Indien befände sich auf dem Weg zu einem Zwei-Parteien-System. Tatsächlich kam es bei den erwähnten Wahlen zu einem Kopf-an-Kopf-Rennen der beiden großen nationalen Parteien - BJP und 'Congress'. Dennoch dürfte dieses Votum nicht stellvertretend für das ganze Land stehen. Gerade in den Bundesstaaten des Südens bleibt die

## ILLUSTRATED PROPHECIES



### 2003 NEW DELHI

Three years into PM Sonia Gandhi's rule, Little Italy was hopping. "Who cares about the price of onions when the cappuccino tastes this good?" asked one customer. "And now the trains run on time, too!" added his friend

(aus: 'Asiaweek', 28.5.99)

Machtbasis regionaler Parteien ungebrochen. Die starke Fragmentierung des indischen Parteiensystems mit dem Zwang zur Koalitionsbildung dürfte auch die

Zusammensetzung und Handlungsfähigkeit der zukünftigen im September bis Oktober zu wählenden 'Lok Sabha' bestimmen.

## Indiens Probleme mit der Demokratie

von Asghar Ali Engineer

Was heute in unserem Land geschieht, hat auch viele Fragen über die demokratische Regierungsform aufgeworfen. Es ist vor allem die Art und Weise wie die Koalitionspolitik heute politische Instabilität erzeugt hat und mehrere kleine und große Parteien in den verschiedensten Kombinationen entsprechend den

eigenen Interessen Nachsicht üben. Deshalb sind viele Menschen der Ansicht, daß Politiker vollkommen skrupellos sind und sich nicht um die Belange des Landes kümmern, nur um ihre eigenen Interessen durchzusetzen. Dies ist im großen und ganzen richtig, doch auch Politiker eines demokratischen Staatswe-

sens unterliegen Zwängen. Wir wollen hier etwas Licht auf die Demokratie und ihre Probleme speziell aus der regionalen und der Minderheitenperspektive werfen.

Heute rückt das Drama der Koalitionspolitik auf Bundesebene einen weiteren wichtigen Aspekt der Demokratie in ei-

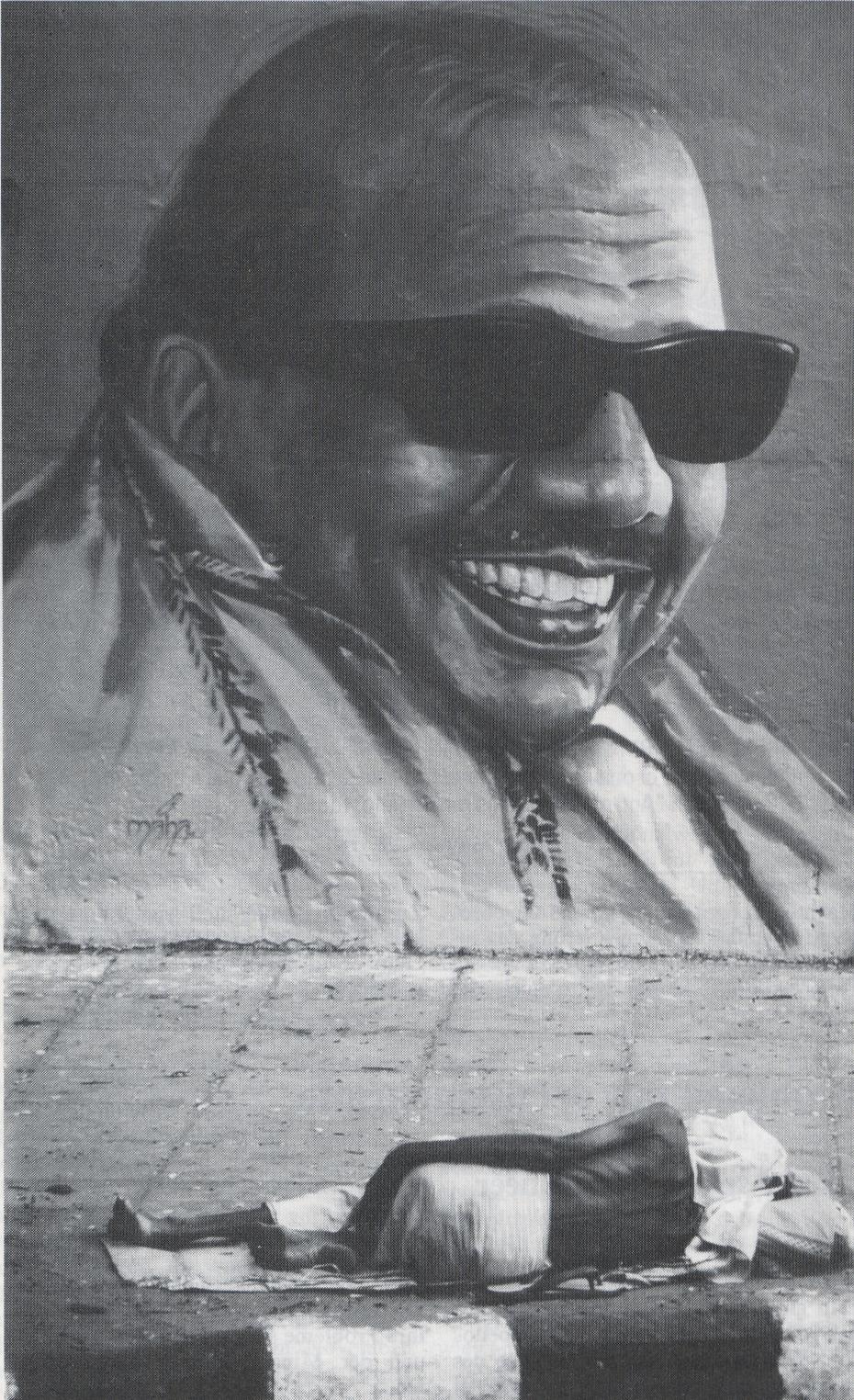
nem Land wie Indien in den Vordergrund. Indien ist bekanntermaßen ein Land mit einer verwirrenden ethnischen, religiösen, sprachlichen und kulturellen Vielfalt. Keine einzige Partei kann diese Vielfalt repräsentieren. Die 'Congress'-Partei konnte sowohl im Zentrum als auch in den Bundesstaaten einige Jahre lang nach der Unabhängigkeit regieren, als die Partei aufgrund ihres Prestiges, das sie im Unabhängigkeitskampf sowie

aufgrund ihrer großen Führer wie Gandhi und Nehru erlangt hatte, wie ein Riese alles beherrschte. Ferner kamen während des Freiheitskampfes regionale Parteien aus vielerlei komplexen Gründen nicht auf, die hier aber nicht weiter analysiert werden sollen. Der 'Congress' konnte sich dieses Prestiges jedoch nur über eine bestimmte Zeitspanne hinweg erfreuen. 1967 verlor die Partei in einer Reihe von Bundesstaaten wie Uttar Pra-

desh die Macht und die Vielparteienkoalition der 'Samyukta Vidhayak Dal'-Regierung gewann die Wahlen. Dies war der eigentliche Beginn der Koalitionspolitik in Indien. Zugleich war dies Ausdruck einer Anti-'Congress'-Haltung, die im Laufe der Zeit immer stärker wurde. Ende der 60er Jahre hatte die Demokratie ausreichend Wurzeln im politischen Boden Indiens geschlagen und regionale Anliegen begannen eine stärkere Dynamik zu entwickeln. Und das in einer Zeit, in der auch Staaten wie Tamil Nadu noch von der 'Congress'-Partei regiert wurden. Aber es war eben genau diese Zeit (1967), als unter der Führung von Annadurai ein tamilische Partei die Macht eroberte.

Ähnliches ereignete sich während der frühen 80er Jahre, als der Ministerpräsident von Andhra Pradesh von der Führung des 'Congress' entlassen wurde, was den Stolz der Bevölkerung von Andhra Pradesh tief verletzte und dazu führte, daß N.T. Rama Rao die 'Telugu Desam' gründete, die schon bald die Wahlen in Andhra Pradesh für sich entschied. In Assam führte die Einwanderung von Bangladeshis zu ernsthaften Verschiebungen in der ethnischen Bevölkerungszusammensetzung in den späten 70er Jahren, wogegen die 'Assam Students Union' zu agitieren begann. Sie erlangten großes Ansehen und mutierten zu einer politischen Partei, die AGP, die schließlich die Macht übernahm.

In Uttar Pradesh und Bihar führte die Festigung der Demokratie zu einer Politik, die mehr und mehr auf der Kaste basierte und zwar in dem Maß, in dem die Kasten - insbesondere die niederen Kasten - sich über ihre Rechte in der Demokratie bewußt wurden. Die Kastenfürher begannen damit, einen größeren Anteil der politischen Macht und der verfügbaren Arbeitsplätze zu fordern. Kanshi Ram, der für die Dalit-Offiziere Trainingslager durchgeführt hatte, empfand diese Maßnahmen als ineffizient und wechselte in die Politik, indem er seine eigene Partei gründete, die heute als 'Bahujan Samaj Party' (BSP) bekannt ist. Auch die rückständigen Kasten bemühten sich zunehmend, wirksameren Einfluß auf die Machtverteilung und Jobvergabe zu nehmen. V. P. Singh wurde zu ihrem Messias und setzte im August 1990 die 'Mandal'-Kommission ein. Dies führte in Uttar Pradesh zur Gründung der 'Samajwadi Party' und zur Gründung der 'Rashtriya Janata Dal' in Bihar, welche die Interessen der rückständigen Hindu-Kasten wie der Yadavs auf der einen Seite und von Minderheiten, insbesondere von Moslems, auf der anderen Seite, repräsentieren. Damit wird deutlich, daß die verwirrende Vielfalt der indischen Gesellschaft zur Grün-



Partei- und Politikerkult spielen in Indien eine immer größere Rolle: Hier Tamil Nadus Ministerpräsident Karunanidhi, dessen Konterfei auf einer Hauswand aufgemalt ist. Im Vordergrund die weniger prachttvolle indische Realität der Wähler. (Foto: Walter Keller)

dung einer ebenso verwirrenden Zahl politischer Parteien führte. In einer reifen Demokratie wird die reale soziale Situation auch durch die Parteienstruktur widergespiegelt. Der Koalitionspolitik ist an dieser Stelle jedoch einhalt zu gebieten, wie viele politische Führer, so etwa V. P. Singh, ebenfalls erklärt haben. In einem Land wie Indien, das eine mehr als fünfzigjährige demokratische Geschichte aufweist, wäre es nicht realistisch, ein Zweiparteiensystem wie in den USA oder in Großbritannien zu erwarten.

Doch was desweiteren zu unserem Wehklagen beiträgt, ist die Aufspaltung in Regionalparteien auf der Basis von Zusammenstößen starker Egoismen. Deshalb zerfiel die Partei Annadurais in Tamil Nadu in zwei Fraktionen und auch der 'Congress' in diesem Bundesstaat spaltete sich auf. Analog dazu spaltete sich auch die 'Janata Dal', welche die Interessen der rückständigen Hindu-Kasten repräsentierte, in mehrere Gruppen aufgrund von egozentrischen Interessenslagen Einzelner. Diese Zersplitterungen sind der eigentliche Ruin unserer Demokratie. Sie führen zur Gründung einer Vielzahl politischer Parteien, ohne die soziale Situation des Landes zu reflektieren. Solche Fragmentierungen, die weit davon entfernt sind, die soziale Situation des Landes widerzuspiegeln, schaden unserer politischen Gesundheit. Die gegenwärtige politische Krise im Zentrum Indiens sollte aus dieser Perspektive gesehen werden.

Die politischen Parteien sollten die Anliegen der Menschen reflektieren, die sie repräsentieren. Das ist die eigentliche Logik der Demokratie. Zersplitterungen auf der Basis persönlicher Ambitionen der politischen Führer sollten hingegen verhindert werden. Und nun ist zu beobachten, daß auch die 'Samata-Party' und die 'Bharatiya Janata Party' (BJP) aufgrund persönlicher Mißstände ebenfalls im Begriff sind, sich zu spalten. Die Aufspaltungen führen dazu, daß einerseits die Interessen der Wähler und andererseits das Land Schaden erleiden. Die Auffassung, daß wahre Demokratie einen Ausgleich zwischen der Stabilität des Landes und den Interessen der Wähler finden soll, muß sich durchsetzen. Parteien wie die BJP reden davon, daß sie die Interessen der Hindus vertreten, wengleich sie in Wahrheit die Interessen der hochkastigen Hindus repräsentieren und eher die des Hindu-Kernlandes, als die ganz Indiens.

Ein weiteres Problem der Demokratie in Ländern wie Indien ist das vordergründige Eintreten der politischen Parteien zugunsten bestimmter Gruppen, wie beispielsweise religiöser Minoritäten. In diesem Prozess leiden die Interessen der Minderheiten am meisten. Der

'Congress' nahm als säkulare Partei für sich in Anspruch, die Interessen religiöser Minderheiten wie der Muslime und Christen zu vertreten. Aber die politische Führung des 'Congress' tat niemals etwas Substantielles für diese Gruppen. Ihre Versprechen erwiesen sich als reine Lippenbekenntnisse. So erlangten weder Muslime noch Christen im unabhängigen Indien jemals eine angemessene parlamentarische Vertretung und zwar weder in den Landesparlamenten noch im Bundesparlament, der Lok Sabha. Der Anteil der muslimischen Bevölkerung in Indien liegt zwischen 13 und 14 Prozent (der letzte Zensus wies 12,12 Prozent aus), die parlamentarische Repräsentanz der Muslime überstieg jedoch niemals mehr als sieben bis acht Prozent der Abgeordneten in der 'Lok Sabha' und lag im allgemeinen lediglich zwischen vier und fünf Prozent. Tatsache ist, daß Jinnah ultimativ die Gründung des Staates Pakistan forderte, weil die damalige politische Führung der 'Congress'-Partei nicht bereit dazu war, den Muslimen ein Drittel der Abgeordnetensitze im Parlament zur Wahrung ihrer Interessen zu geben, obwohl der Anteil der muslimischen Bevölkerung zur damaligen Zeit 27 Prozent betrug.

Die Unterkasten und Ethnien wären gar noch massiver unterrepräsentiert, gäbe es für sie nicht eine in der Verfassung festgeschriebene Zahl reservierter Abgeordnetensitze im Parlament. Auch die rückständigen niederen Hindukasten sehen sich erst seit der Gründung politischer Parteien, die ihre Interessen vertreten, besser in den Parlamenten vertreten. Ferner ist es interessant festzustellen, daß die Parteien, die schwächere Sozialgruppen repräsentieren, sich häufiger aufspalten als jene Parteien, welche die Interessen der hohen Kasten und der oberen Klassen vertreten. Daher haben sich Parteien wie die 'Congress'-Partei oder die BJP weniger oft gespalten als etwa die 'Janata Dal', die ursprünglich aus einer Koalition von Interessensvertretungen schwacher Sozialgruppen entstanden war. Die Interessen der hohen Kasten und der Oberschicht sind offensichtlich stabiler, kalkulierbarer und weniger emotional geprägt. Die schwächeren Sozialgruppen tendieren einschließlich der religiösen Minderheiten hingegen dazu, weit emotionaler geprägt zu sein und entbehren einer starken und stabilen Interessenlage. Folglich kommt es in diesen Parteien sehr viel leichter sowohl zu Aufspaltungen als auch zur Manipulation durch Interessen der Oberschicht.

Damit wird auch deutlich, daß eine Koalitionsregierung zu guter Letzt repräsentativer ist für die Interessen der verschiedenen Gruppen der Gesellschaft, als dies eine aus einer oder zwei Parteien

zusammengesetzte Regierung wäre. Eine solche, aus einer oder zwei Parteien gefügte Regierung wäre sehr viel stärker von den Interessen der Oberschicht bestimmt. Und wenn eine Nation aus Menschen besteht, die verschiedenen Klassen, Sprachen, Kulturen und Religionen angehören, dann ist eine Koalitionsregierung angemessener für die Vielfalt des Landes. Ferner sollte konstatiert werden, daß Stabilität dazu neigt, der Oberschicht mehr zu nutzen als den sozial schwachen Gruppen. Koalitionsregierungen halten die großen nationalen Parteien wie den 'Congress' oder die BJP dagegen in Abhängigkeit von kleineren Parteien, welche die Interessen schwächerer Sozialgruppen vertrete. Wenn gleich politische Stabilität im Sinne einer guten Regierung höchst wünschenswert ist, darf sie nicht zu Lasten der Interessen der schwächeren Gruppen des Landes gehen. Folglich muß ein Gleichgewicht zwischen politischer Stabilität und Interessenvertretung der verschiedenen Sozialgruppen gefunden werden. Dies kann sicherlich durch eine sauber vereinbarte und durchgeführte Koalitionsregierung erreicht werden, die nicht auf Opportunismus fußt, sondern auf den Interessen der verschiedenen Sozialgruppen und deren politischen Anliegen. Solche Regierungen werden sich als stabil erweisen und zudem den schwächeren Sozialgruppen inklusive der religiösen Minderheiten gerecht werden.

Der Autor ist Direktor des Instituts für islamische Studien in Bombay. Übersetzung: Thomas Hoffmann